

Schweden

RUTGER LINDAHL

Im September 1998 fanden in Schweden die ersten nationalen Parlamentswahlen seit dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union 1995 statt. Die Uneinigkeit über die EU-Mitgliedschaft innerhalb der politischen Parteien hat sich gehalten und während der letzten Legislaturperiode die politische Spitze gezwungen, europabezogene Angelegenheiten mit großem Feingefühl zu behandeln. Die Parlamentswahlen 1998 waren in dieser Hinsicht die erste ernsthafte Probe, wie die schwedischen Wähler die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft bewerteten.

Fortsetzung der sozialdemokratischen Regierung

Obwohl die Sozialdemokratische Partei (SAP) mit 36,4% der Stimmen 9% im Vergleich zum Wahlergebnis von 1994 verloren hatte, blieb sie die stärkste Kraft und konnte die neue Regierung bilden. Während des größten Teils ihrer vorherigen Amtszeit hatte die SAP eng mit der Zentrumsparlei zusammengearbeitet. Da diese Partei ebenfalls eine große Stimmeneinbuße erlitten hatte (5,1% statt 7,7%), betrachteten beide Parteien die Fortsetzung dieses Arrangements als nicht mehr möglich. Die SAP und die Zentrumsparlei wurden von den Wählern hauptsächlich für das relativ harte Sparprogramm bestraft, das 1995 begonnen worden war, um den Haushalt auszugleichen und die Staatsschulden zu reduzieren. Weil der Sparkurs von vielen als Folge der EU-Mitgliedschaft betrachtet wurde, und nicht als eine Maßnahme, die ohnehin hätte durchgeführt werden müssen, unterstützten die Kürzungen von Sozialleistungen lange Zeit die Stimmung gegen die EU-Mitgliedschaft.

Nach der Wahl entschied sich die geschwächte SAP im Herbst 1998, Unterstützung für ein neues Regierungsprogramm bei der Linken Partei, die sehr erfolgreich in den Wahlen abgeschnitten hatte (12,0% statt bislang 6,2%), und bei der weniger erfolgreichen Grünen Partei (4,5% statt bislang 5%) zu suchen.

Der Wahlkampf hatte sich auf innenpolitische Themen konzentriert. Alle Parteien hatten Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung, in der Fürsorge für kleine Kinder und ältere Leute und im Bildungswesen höchste Priorität eingeräumt. An der Spitze der Themenliste stand außerdem der Kampf gegen die immer noch relativ hohe Arbeitslosenzahl; EU-bezogenen Fragen wurde keine wichtige Position eingeräumt. Ein Grund dafür ist, daß diese in vielen Fällen nur schwer von den traditionellen innenpolitischen Fragen zu trennen sind. Eine zweite Ursache dürfte in den unterschiedlichen Standpunkten hinsichtlich der EU-Mitgliedschaft liegen.

Lediglich die Linke Partei und die Grüne Partei versuchten konsequent, eine größere Unterstützung der Wähler zu erzielen, indem sie ein deutliches Anti-EU-Programm vertraten. Auf der anderen Seite des Parteienspektrums vertraten die Gemäßigte Partei (22,9% statt bislang 22,4%) und die Liberale Partei (4,7% statt bislang 7,2%) Programme mit einem positiven EU-Profil. Die SAP wie die Christdemokraten und die Zentrumsparlei profilierten sich aufgrund einer scharfen innerparteilichen Divergenz der Standpunkte kaum in europapolitischen Fragen.

Kein Regierungskonsens über Schwedens Europapolitik

Die Positionen hinsichtlich der EU-Mitgliedschaft, welche die Linke und die Grüne Partei einnahmen, verursachten, wie erwartet, einige Probleme für die Regierung der SAP, als sie ein Regierungsprogramm für die kommenden vier Jahre aufstellte. Premierminister Göran Persson erklärte in einem frühen Stadium der Verhandlungen, daß alle EU-bezogenen Fragen bei den Gesprächen über die Kooperation mit der Linken Partei und den Grünen kein Gegenstand der Tagesordnung sein sollten. Wenn die SAP-Regierung formale Unterstützung hinsichtlich Schwedens Beziehungen zur EU bräuchte, würde sie diese bei der Zentrumsparlei oder einer der anderen nicht-sozialistischen Parteien suchen.

Während der letzten vier Monate war dieses Arrangement ständigem Druck ausgesetzt. Die intensiven Haushaltsverhandlungen wurden relativ aggressiv geführt. Alle Parteien mußten ihre ursprünglichen Positionen ändern, erreichten aber hinsichtlich der wichtigen Themen Übereinstimmung. Europapolitische Fragen wurden nur in wenigen Fällen in die Diskussion eingebracht. Die Linke Partei und die Grünen haben beispielsweise beide den hohen schwedischen Nettobeitrag zum EU-Haushalt in Erklärungen zum nationalen Haushalt sowie in ihrer allgemeinen Argumentation gegen die schwedische EU-Mitgliedschaft benutzt.

Unsicherheit über die Konsequenzen der Europawahlen

Die Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) im Juni 1999 riefen in Schweden große Ratlosigkeit hervor. Obwohl sämtliche Parteien große Anstrengungen zur Mobilisierung ihrer Wählerschaft unternommen hatten, nahmen nur 38,8% der Stimmberechtigten an den Wahlen teil. Damit wird die Legitimität des EP und die demokratische Basis der EU überhaupt in Frage gestellt.

Die Sozialdemokraten verloren im Vergleich zu den Europawahlen 1995 2% der Stimmen und einen Sitz. Sie werden jedoch auch weiterhin mit insgesamt sechs Sitzen die stärkste schwedische Partei stellen. Die Gemäßigte Partei verlor 2% der Stimmen, behielt jedoch die 1995 gewonnenen fünf Sitze im Parlament. Die Linke Partei, die sich gegen die EU-Mitgliedschaft Schwedens ausgesprochen hatte, erhielt fast 16% und sicherte damit ihre drei Sitze. Die Grünen, die ebenfalls eine anti-EU Linie vertreten hatten, verloren fast 8% der Wählerschaft und mußten damit zwei von vier Sitzen abgeben. Die intern gespaltene Zentrumsparlei gab mit 7% der Stimmen eines von bislang zwei Abgeordnetenmandaten ab. Die Christdemokraten, die 1995 den Sprung ins EP nicht schafften, erreichten nun fast 8% der

Stimmen und gewannen zwei Sitze. Eine Verdreifachung ihrer Stimmen und damit drei Sitze konnten die pro-europäischen Liberalen verzeichnen.

Im EP werden nun sieben (statt bislang elf) schwedische EU-Gegner und 15 (statt bislang elf) EU-Befürworter vertreten sein. Welche Auswirkungen diese deutliche Tendenz hin zu einer pro-europäischen Einstellung auf die Innenpolitik haben wird, bleibt jedoch offen. Zur Klärung der europapolitische Profilierung der Parteien kann ein Referendum über die schwedische Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) beitragen. Wenn die Verfechter der schwedischen EU-Mitgliedschaft auch hier siegen, wird dies wohl zu einem Strategiewechsel innerhalb der Linken Partei und in der Grünen Partei führen. Wenn jedoch die antieuropäische Stimmung stärker wird, wird die SAP ihre Strategie ändern müssen.

Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages

Ohne große Diskussion in der Öffentlichkeit und in nur wenigen parlamentarischen Debatten ratifizierte Schweden Anfang Mai 1998 den Amsterdamer Vertrag. Intensiver diskutiert wurden lediglich die Teile des Amsterdamer Vertrags, welche Maßnahmen der Schaffung von Arbeitsplätzen innerhalb der EU betrafen, die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses und die Folgen der Verlagerung der Einwanderungs- und Asylpolitik vom dritten zum ersten Pfeiler, zusammen mit der Durchführung des Schengen-Abkommens.

Die Oppositionsparteien, sowohl zur Linken als auch zur Rechten der SAP, nutzten anfänglich insbesondere die Situation auf dem Arbeitsmarkt zur Kritik an der Regierung. Als später der schwedische Vorschlag dazu von den EU-Mitgliedstaaten sehr positiv aufgenommen wurde, verschwand die interne Kritik fast völlig, kehrte aber mit neuer Kraft Anfang 1999 zurück. Der Grund dafür war vor allem die öffentliche Debatte, die durch das Argument ausgelöst wurde, daß das Risiko den Arbeitsplatz in Schweden zu verlieren, auf einem weniger investoren- und geschäftsfreundlichen Klima als in vielen anderen Ländern beruhe. Hintergrund der Diskussion war die Verlagerung einiger angesehener Firmensitze ins Ausland als ein Resultat von Firmenfusionen. Die Regierung hat als Antwort darauf Pläne zur stärkeren Unterstützung von kleinen und mittelständischen Firmen und die Überprüfung der Firmensteuergesetze bekanntgegeben. Ende 1998 lud die Regierung außerdem Vertreter von Großunternehmen zu Gesprächen ein, um zu diskutieren, wie die Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum und neue Arbeitsplätze verbessert werden können. Mit der Fusion des schwedischen Telekom-Unternehmens Telia und der norwegischen Firma Telenor konnte die Regierung im Frühjahr 1999 auf eine größere Firmenfusion verweisen, bei der der Firmensitz in Schweden angesiedelt sein wird.

Breite Teile der Öffentlichkeit äußerten große Besorgnis darüber, daß Schweden seine liberale Immigrations- und Asylpolitik zugunsten der EU aufgeben müsse. Sie drängten die Regierung, gegen alle Versuche, „neue Mauern um die EU“ zu bauen, ihr Veto einzulegen. Die Regierung antwortete, es sei von höchstem Interesse für alle Mitgliedstaaten, eine neue gemeinsame Einwanderungs- und Asylpolitik und

bessere Mechanismen zur Lastenverteilung innerhalb der 15 EU-Staaten zu entwickeln. Sie gab weiter bekannt, daß sie sich für eine Fortsetzung der liberalen Position in diesen Fragen einsetzen werde.

Im Kontext dazu steht die öffentliche Debatte über die potentiellen Langzeitfolgen der Aufhebung aller inneren EU-Grenzkontrollen. Kritiker argumentieren beispielsweise, daß das Fehlen formaler Grenzkontrollen den Drogenschmuggel und andere Arten illegalen Transportes zwischen den Mitgliedstaaten der EU erleichtern wird. Neue Europol-Register werden als Risiko für die persönliche Integrität aller EU-Bürger betrachtet. Die Tatsache, daß die Nicht-EU-Mitglieder Norwegen und Island Teil des Schengen-Landes sein würden, wurde kaum diskutiert. Wahrscheinlich liegt das daran, daß es von den meisten Schweden als höchst kontrovers angesehen würde, wenn der traditionelle Freiverkehr zwischen den nordischen Ländern in Zukunft eingeschränkt würde.

Diskussionen über die Reform der Institutionen und über die Agenda 2000

Die Agenda 2000 wurde in Schweden vor allem unter dem Gesichtspunkt dreier Fragen zur Kenntnis genommen und debattiert: der Reform der Institutionen, dem Aspekt des Haushaltes und des Erweiterungsprozesses.

Eine Reform der Institutionen war von Schweden lange unterstützt worden. Einer der Hauptgründe dafür war die Einsicht, daß eine größere Transparenz in den Entscheidungsprozessen der EU der Stärkung der Demokratie dienen könne. Das Mißmanagement und der Mißbrauch von Macht und gemeinschaftlichen Ressourcen in der Kommission, die vom Europäischen Parlament und dem Untersuchungsausschuß auf höchster Ebene aufgedeckt wurden, wurden lediglich als zusätzliche Argumente zugunsten der schwedischen Position angesehen.

Schwedens Rolle als „Netto-Zahler“ im EU-Haushalt, wurde in der Öffentlichkeit heftig diskutiert. Da die meisten Schweden in den letzten zehn Jahren Einschnitte im Sozialwesen und viele auch verstärkte Probleme in ihrer persönlichen finanziellen Situation erfahren haben, ist der Unwille, mehr in den EU-Haushalt einzuzahlen, unter den Wählern stark verwurzelt. Heftig kritisiert wurde die Gemeinsame Agrarpolitik; Betrugsfälle im Zusammenhang mit den Agrarhilfefonds erschienen oft in den Schlagzeilen der Zeitungen. Das Risiko, einen Teil der gegenwärtigen regionalen Unterstützung für die nordwestlichen Provinzen zu verlieren, schlägt sich in einer eher kritischen Debatte über die Auswirkungen der schwedischen EU-Mitgliedschaft nieder. Das Ergebnis des Berliner Gipfels wurde von der Regierung, zumindest teilweise, als Erfolg dargestellt, aber die Opposition, die Linke Partei und die Grüne Partei scheinen davon kaum überzeugt zu sein.

Sowohl Regierung als auch Opposition erachten die Beibehaltung der bisherigen Geschwindigkeit im Erweiterungsprozeß als außerordentlich wichtig. Unter den schwedischen Wählern gibt es starke Unterstützung für einen schnellen Verhandlungsprozeß über die Mitgliedschaft Estlands, Lettlands und Litauens. Der Ausdehnung der EU nach Osten wird im allgemeinen höhere Priorität eingeräumt als der Erweiterung der NATO, was primär auf der Überzeugung beruht, daß dem

Frieden und der Stabilität im Norden Europas am besten durch den Ausbau der ökonomischen, politischen und sozialen Zusammenarbeit in diesem Gebiet gedient ist. Dies wird auch als der vielversprechendste Weg zum Aufbau dauerhaft friedlicher Beziehungen zur Russischen Föderation betrachtet. Aus schwedischer Sicht sollte der Entwicklung einer umfassenden Langzeitstrategie für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und Rußland in den nächsten Jahren höchste Priorität eingeräumt werden.

Meinungsbilder zur EU in der Öffentlichkeit

Eine größere Prozentzahl der schwedischen Wähler ist heute besser als vor einigen Jahren in der Lage, nicht nur eine allgemeine Meinung zur schwedischen EU-Mitgliedschaft, sondern auch einen spezifischen Standpunkt zu deren Auswirkungen auf die Entwicklung innerhalb verschiedener gesellschaftlicher Bereiche zu vertreten. Allerdings sind diese Standpunkte immer noch Schwankungen unterworfen und können leicht von der Stimmungsmache und besonderen Ereignissen, von denen ausführlich in den Massenmedien berichtet wird, beeinflusst werden.

Meinungsumfragen im Jahr 1998 belegen, daß die Mehrheit der Schweden willig ist, mehrheitliche Entscheidungen in vielen politischen Bereichen zu akzeptieren, daß aber die vollständige Entwicklung zur föderalistischen EU unerwünscht ist. Der Verlust nationaler Souveränität ist generell ein Punkt, der negative Reaktionen hervorruft. Ein großer Teil der schwedischen Wähler ist unzufrieden mit den Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Sie hatten offensichtlich noch größere positive Auswirkungen erwartet. Der Zuspruch für den Vorschlag, Schweden solle die EU verlassen, ist 1998 jedoch geringer als in den Vorjahren. Insbesondere die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die exportorientierte Industrie und auf die militärische Sicherheit werden von weiten Teilen der Wählerschaft positiv bewertet. Aktuelle Umfragen zeigen, daß es immer noch eine Mehrheit gegen eine NATO-Mitgliedschaft gibt, aber auch, daß die europäische Zusammenarbeit in der Verteidigung stärkere Akzeptanz findet, wenn darunter Konfliktprävention und friedenserhaltende Maßnahmen verstanden werden.

Kontroversen über die Wirtschafts- und Währungsunion

Eine Frage, die eine ungewöhnlich intensive und weitgestreute politische Debatte ausgelöst und mehrere der politischen Parteien gezwungen hat, mit großer Vorsicht zu handeln, betrifft Schwedens Haltung gegenüber der WWU.

Im Jahr 1998 befand die EU-Kommission, daß Schweden für einen Beitritt zur WWU im Januar 1999 nicht qualifiziert sei. Formaler Grund war, daß Schweden noch nicht zwei Jahre lang zum Wechselkursmechanismus gehört hatte. In der innerschwedischen Debatte sahen viele dies primär als einen Weg für die Kommission an, eine sehr sensible, direkte Konfrontation mit Schweden zu vermeiden, und ebenso als bequemen Ausweg aus einem politischen Dilemma für die schwedische Regierung.

Das Parlament entschied, daß eine endgültige Entscheidung nur nach einem Referendum oder nach Neuwahlen zum Parlament gefällt werden könne. Die SAP beschloß, im Frühjahr 2000 einen außerordentlichen Parteitag abzuhalten und dem Thema WWU dabei eine Spitzenposition einzuräumen. Alle anderen politischen Parteien und viele andere organisierte Interessengruppen haben ebenfalls beschlossen, dieser Frage hohe Priorität einzuräumen. Dem Referendum wird eine offizielle Informationskampagne über die WWU und die möglichen Folgen für Schweden, sei es beim Beitritt, sei es bei der Enthaltung, vorangehen, in deren Rahmen auch die organisierten Interessenverbände über ihre Position informieren werden.

Das Referendum wird wahrscheinlich im Frühherbst 2000 abgehalten werden, vorausgesetzt, daß der Premierminister und SAP-Parteivorsitzende Persson es bis dahin bewerkstelligt hat, den außerordentlichen SAP-Parteitag für die Unterstützung der schwedischen WWU-Mitgliedschaft zu gewinnen, und der allgemeine Trend immer noch für die Durchführung des Referendums spricht. Obwohl die Einstellung der Schweden gegenüber der WWU seit 1995 verstärkt positiv geblieben ist, belegen die Zahlen der Umfragen große Schwankungen, was anzeigt, daß der Wähler sensibel auf die Ereignisse auf den Finanzmärkten, auf die Medienberichte über die wirtschaftliche Leistung der Euro-11 und die Initiativen der Meinungsmacher reagiert. Auch die Entwicklungen in Großbritannien und in Dänemark hinsichtlich der WWU werden von der Öffentlichkeit und in der Politik sehr aufmerksam verfolgt. In jedem Fall wird das Referendum wohl nicht in Angriff genommen werden, bis es eine stabile Mehrheit für ein „Ja“ gibt. Es gibt die weit verbreitete Auffassung, daß die schwedische Regierung die Präsidentschaft der EU im Januar 2001 lieber mit der positiven Entscheidung über die WWU-Mitgliedschaft im Hintergrund übernehmen würde denn als Vertreter eines Landes, das als nur zögerliches EU-Mitglied angesehen werden könnte.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Christiane Roßbach, Freie Universität Berlin.

Die zitierten Meinungsumfragen stützen sich auf

Ergebnisse des Central Bureau für Statistik (SCB, Örebro), des Schwedischen Instituts für Meinungsforschung (SIFO, Stockholm) und des SOM Institut der Universität Göteborg.

Weiterführende Literatur

Bernitz, U.; S. Gustavsson; L. Oxelheim (Hrsg.): Europaperspektive, perspectives on Europe, yearbook for European research in economics, law and political science, Stockholm 1999.

Calmfors et al.: The EMU - a Swedish perspective, Dordrecht 1997.

Gilljam, M.; S. Holmberg: The first European election, Stockholm 1998.

Geyer, Robert, Christine Ingebritsen, Jonathon Moses (Hrsg.): Globalization, Europeanization and the end of Scandinavian social democracy? London 1999.

Government Report: Report on the activities in the European Union in 1998, Stockholm 1999.

Pesonen, Pertti, Unto Vesa: Finland, Sweden and the European Union, Tampere 1998.